Undercover-Polizisten

Liebesgrüße aus London

Eine britische Untersuchungskommission, die sich mit den fragwürdigen Methoden verdeckter Ermittler im Dienste einer Spezialeinheit von Scotland Yard befasst, soll auch deren Wirken in Deutschland aufklären. Das forderte Innen-Staatssekretär Günter Krings in einem Schreiben an den britischen Polizeiminister. Mindestens fünf Briten waren über Jahre verdeckt vor allem in der linksalternativen Szene unterwegs gewesen. Der bekannteste Fall ist Mark Kennedy, der als „Mark Stone“ viel Zeit in Berlin verbrachte. Er zeichnete mittels einer präparierten Digitaluhr Gespräche auf, unterhielt intime Beziehungen mit Aktivistinnen und beteiligte sich in Deutschland an Straftaten

P. EBELING / THE GUARDIAN

Enttarnter Ermittler Kennedy 2011

(SPIEGEL 3/2011). Der Vorstoß des Innenministeriums überrascht, da deutsche Landeskriminalämter die Einsätze der Briten angefordert hatten. Er geht auf das Drängen der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele (Grüne) und Andrej Hunko (Linke) zurück. Hunko fordert, es „nicht bei dem Schreiben zu belassen“. Das Innenministerium müsse bei den Briten „Erkundigungen einholen, mit welchen Personen britische Ermittler in Deutschland rechts- und pflichtwidrig emotionale Bindungen unterhielten und Sexualität praktizierten“. fab, rom

Rüstungsexporte

Technik für Afrika

Die Bundesregierung hat die Lieferung von Rüstungsgütern an Tunesien und Nigeria freigegeben. Um ihre Grenzen zu sichern, dürfen beide Länder nun Ausrüstung aus Deutschland beziehen, unter anderem Überwachungstechnik. Lieferant ist die Rüstungssparte des europäischen Airbus-Konzerns. Tunesien wird die Ware im Rahmen der „Ertüchtigungsinitiative“ zur Verfügung gestellt, mit der die Bundesregierung Länder in Krisenregionen in die Lage versetzen will, selbst für Sicherheit und Stabilität in ihrer Nachbarschaft zu sorgen. Berlin hat für solche Aktivitäten in diesem Jahr 100 Millionen Euro bereitgestellt. Die Bundesregierung und Airbus wollten sich zu dem Vorgang nicht äußern. ham

Antisemitisches Pamphlet

Angriff aus den USA

Der Angriff antisemitischer Hacker auf die Universität Tübingen im April kam aus den USA. Die Staatsanwaltschaft Tübingen erklärte, Spezialisten der Polizei Reutlingen hätten Druckaufträge einer IP-Adresse dort zugeordnet. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Volksverhetzung gegen unbekannt. Am 20. April, dem Geburtstag Adolf Hitlers, hatten Drucker mehrerer Tübinger Uni-Institute ein Pamphlet ausgeworfen, das mit „Deutschland erwache“ überschrieben war und Hetze gegen Juden enthielt. Ähnliche Ausdrucke fanden sich an anderen Unis. Auf ungesicherte, über das Internet anzusteuernde Drucker zuzugreifen sei „für geübte Hacker kein Problem“, sagt ein Ermittler. fri

Ermittlungen

Zufallstreffer: Terrorist

Der nordrhein-westfälischen Polizei ist offenbar ein Zufallstreffer gelungen. Ende April nahmen Ermittler in Aachen den Algerier Bilal C. wegen Diebstahls und Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz in U-Haft. Bei der näheren Überprüfung stellten sie fest, dass ihnen womöglich ein IS-Mann ins Netz gegangen ist. Der 20-Jährige soll mit Drahtziehern der IS-Anschläge von Brüssel und Paris in Kontakt gestanden haben: dem in Frankreich inhaftierten Salah Abdeslam und dem im November bei einer Razzia ums Leben gekommenen Abdelhamid Abaaoud. Nach Geheimdienstinformationen aus Frankreich soll der Algerier Einreisemöglichkeiten für die Paris-Attentäter über die Flüchtlingsroute erkundet haben. Zudem gebe es eine Verbindung zu Ayoub El K., der im August in einem Thalys-Zug auf Fahrgäste geschossen hatte. Die Bundesanwaltschaft hat die Ermittlungen übernommen. gud, fis

Regierungshelikopter

Am Boden

Der Bundespräsident und Mitglieder der Bundesregierung sind mit Hubschraubern geflogen, die erhebliche Sicherheitsmängel befürchten lassen. Das geht aus internen Zertifizierungspapieren hervor. Die Probleme betreffen drei Militärhubschrauber der Bundesregierung vom Typ Cougar. Eine zivile Version des Modells war im April in Norwegen abgestürzt, alle 13 Insassen starben. Norwegische und britische Behörden untersagten alle kommerziellen Flüge von Helikoptern dieses Typs, die französische Armee ließ ihre Cougars am Boden. Die Luftwaffe als Betreiber der Regierungshubschrauber sah dafür keinen Anlass. Die Maschinen seien „nicht baugleich“ und die Getriebe wiesen „keine Übereinstimmung“ auf, antwortete das Verteidigungsministerium auf eine schriftliche Frage des Grünen-Abgeordneten Tobias Lindner. Diese Auskunft war unzutreffend. Den internen Papieren zufolge sind die Maschinen nach einem „vereinfachten“ Zulassungsprozess in Betrieb genommen worden. Dieser beruht auf der Zulassung jenes Airbus-Modells, das in Norwegen verunglückte. Das Verteidigungsministerium räumt „aufgrund von neuen Erkenntnissen“ ein, dass zwischen der Unglücksmaschine und dem Bundeswehr-Typ „insbesondere in den derzeit im Fokus der Flugunfalluntersuchung stehenden Komponenten Übereinstimmungen“ bestehen. Die Luftwaffe beförderte noch am 2. Juni Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit einer Cougar – am selben Tag wurde die zivile Version von der europäischen Flugsicherheitsbehörde EASA stillgelegt. gt, mgb

HANNIBAL HANSCHKE / REUTERS

Merkel am Schloss Meseberg

HILDENBRAND / PA / DPA

Verkehr

Teure Telefonate

Die Benutzung von Smartphones und Tablets am Steuer könnte künftig härter bestraft werden. Einen entsprechenden Vorstoß will Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) auf der Innenministerkonferenz machen. Smartphones seien bereits Ursache für viele Unfälle. „Wenn diese Seuche sich weiter ausbreitet, wird die Zahl der Verkehrstoten in den nächsten Jahren dramatisch steigen“, sagt Jäger. Die aktuellen gesetzlichen Vorgaben hinkten dem technischen Fortschritt hinterher. „Wenn am Ende keine empfindlichen Strafen stehen, erzielen wir keine Abschreckung“, sagt Jäger. fis